

Beschluss des Landesausschusses der CDU Hamburg am 28.02.2017

## **Integration braucht Werte**

Seit 2015 sind viele Menschen neu in unser Land gekommen. Zum größten Teil waren und sind dies bis heute Menschen, die vor Krieg, Terror und Verfolgung geflohen sind und in Deutschland Schutz suchen. Ein weiterer Teil kam aus armen Regionen Europas und der Welt, um hier (illegal) Arbeit zu finden. Die Dauer des Aufenthaltes ist dabei unterschiedlich: Eine Gruppe wird dauerhaft in Deutschland bleiben müssen. Der andere Teil wird irgendwann in die Heimat zurückkehren.

Derzeit wird viel dafür getan, dass vor allem Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern schnell in ihr Heimatland zurückkehren. Aber viele andere Menschen werden mittel-oder längerfristig bleiben. Die damit notwendig gewordene Integration von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen ist für uns alle, die Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt Hamburg und ganz Deutschlands aber auch für die Politik und Wirtschaft, eine große Herausforderung. Bei allen Problemen, sehen wir auch die Chancen, die damit verbunden sind. Die Diskussion über eine deutsche Leitkultur, die vermehrten Sorgen der Bürgerinnen und Bürger um die innere Sicherheit und den Wohlstand in unserem Land sowie die Gestaltung unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens sind dabei zentrale Fragen. Wir müssen darüber verhandeln und uns entscheiden, wie unser Land damit umgehen soll. Eines ist jedoch klar: Wir wollen eine offene freiheitlich-demokratische und von Pluralismus geprägte Gesellschaft bleiben, die von gegenseitigem Respekt und der Rücksicht der Menschen aufeinander getragen ist. Wir wollen eine Gesellschaft, die die Werte unseres Grundgesetzes lebt und sich auch den Fragen einer Leitkultur stellt, die für alle offen ist, aber von einem unverhandelbaren Kern ausgeht: Der Freiheit des Individuums, des Glaubens, der Presse und der Meinung, der Gleichheit von Mann und Frau und der Geltung des Rechts. Wir haben gemeinsam den Auftrag die Zukunft zu gestalten.

Integration kann und muss gelingen. Dafür bedarf es klarer Vorstellungen, was erreicht werden soll und den Mut zur Umsetzung. Die CDU Hamburg setzt sich zum Ziel, den Prozess der Integration zu erleichtern und zu beschleunigen und mit besonderem Engagement in den zentralen Kernbereichen Wohnen, Bildung, Arbeit und kulturelle Teilhabe sowie der inneren Sicherheit dafür zu arbeiten. Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und der wehrhafte Rechtsstaat sind das

Fundament, auf dem sich die Bundesrepublik gründet, dies bildet den Kernbereich unserer Leitkultur. Aufgabe des Staates ist es, die Rahmenbedingungen für eine gelingende Integration zu schaffen. Ohne den Einsatz von Gesellschaft und Wirtschaft, wird die Integrationsaufgabe nicht bewältigt werden können. Es bedarf des Integrationswillens und des Einsatzes der Zuwanderer und der heimischen Bevölkerung.

### **Unser Verständnis der identitätsstiftenden Leitkultur**

Für ein gutes Zusammenleben in Deutschland sind gemeinsame Werte und Regeln wichtig. Es ist notwendig, dass unsere Gesellschaft eine intensive Debatte über gemeinsame Werte führt und darüber, was unsere Leitkultur umfasst. Unsere Leitkultur fußt auf moralischen Werten, die ihren Ursprung im christlich-humanistischen Menschenbild haben. Wir stehen zu unserem Asylrecht, das Menschen, die vor individueller Verfolgung, vor Krieg und Terror flüchten, Schutz gewährt. Gleichzeitig muss beachtet werden, dass die Integrationskraft einer Gesellschaft nicht unerschöpflich ist.

Im Hinblick auf eine Einwanderung hat jeder souveräne Staat das Recht, genau zu definieren, unter welchen Kriterien eingewandert werden darf. Allen Zuwanderern, egal welchen formalen Status sie haben, verlangen wir von Anfang an ab, sich an unsere Gesetze zu halten und sich mit unserer Leitkultur vertraut zu machen. Integration ist aber mehr! Es ist ein Prozess, bei dem am Ende nicht nur die Einhaltung der Gesetze stehen soll, sondern eine kulturelle und soziale Integration, die eine emotionale Identifikation mit unserem Land, unseren Werten und Regeln als wünschenswertes Ziel hat. Zur identitätsstiftenden Leitkultur gehören folgende Aspekte:

- **Den demokratischen Rechtsstaat anerkennen:** Deutschland ist ein demokratischer Rechtsstaat freier Bürger, der auf der freiheitlich-demokratischen Grundordnung basiert. Darunter fallen die Achtung des Grundgesetzes sowie der Gesetze, die Unantastbarkeit der Würde des Menschen und die Einhaltung der Menschenrechte.

- **Verbot der Selbstjustiz und Gewaltanwendung:**

In Deutschland gilt das Gewaltmonopol des Staates. Niemand darf Gewalt einsetzen. Nur dem Staat und seinen Bediensteten ist es gestattet, Gewalt als letztes Mittel zu verwenden. Polizisten und Beamte müssen sich dabei an strenge Gesetze halten.

- **Unsere Grundwerte und Lebensweisen akzeptieren:**

In Deutschland wird die Freiheit des Einzelnen besonders groß geschrieben. Die Gesellschaft zeigt sich tolerant gegenüber Einzelnen. Jedermann kann erwarten, dass seine Lebensweise von andern akzeptiert wird. Umgekehrt hat man nicht das Recht, anderen seine Lebensweise vorzuschreiben. Die Religionsfreiheit, Meinungs- und Pressefreiheit, die

Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Gleichberechtigung von Homosexuellen und die Ablehnung von jeglichem Antisemitismus sind für uns fester Bestandteil des Rechtsstaates und unserer Kultur. Dies gilt es, für alle Menschen anzuerkennen, die in Deutschland leben wollen. Auch die Anerkennung des Existenzrechts Israels ist unumgänglich. Unsere Gesetze stehen über religiösen Vorschriften.

- **Unseren Kulturkreis kennen lernen und respektieren:** Das Erlernen der deutschen Sprache spielt dabei die zentrale Rolle in der Integration, da sie den schnellsten Türöffner in unsere Gesellschaft darstellt. Kulturelle Teilhabe bildet die Brücke zur Integration. Dazu gehört auch eine grundlegende Kenntnis, der Respekt und die Achtung der deutschen und der europäischen Geschichte und Kultur.
- **Aktive Integration und aktive Teilhabe in der Gesellschaft:** Gesellschaftliche Integration erfordert aktive Teilhabe. Dies erfolgt über Bildung in KITA, Schule, Ausbildung und Universität und Weiterbildung, ebenso wie am Arbeitsplatz, in Kultur, Sport, Politik und Gesellschaft. Fleiß und Engagement und das Bemühen den Lebensunterhalt für sich und die eigene Familie zu bestreiten, tragen wesentlich zur Teilhabe bei und verdienen Respekt und Anerkennung.

### **Unsere Chancen nutzen: Nachbarschaften und Wohnen als wichtiges Integrationselement in Hamburg**

Die Aufnahme in unsere Gesellschaft bedeutet auch die Eingliederung in unsere Nachbarschaften. Die Unterbringung von Flüchtlingen und die Wohnsituation von Migranten sind dabei entscheidende Faktoren. In dem Zusammenhang stellt sich die CDU Hamburg gegen die integrationsfeindliche „Großunterkunft“ und fordert den Ansatz, die Flüchtlinge und Migranten in den allgemeinen Wohnungsbau zu integrieren. Der Wohnungsbau soll keinen Unterschied zwischen Flüchtlingen und Hamburgern machen und sich nicht einseitig auf Sozial- oder Luxusbauten fokussieren: unsere kulturellen und sozialen Strukturen müssen „durchlässig“ sein. Eine offene und transparente Debatte kann bei der Unterbringung von Flüchtlingen die Akzeptanz ebenso wie die Einbindung und das Engagement der deutschen Bevölkerung fördern.

Konkret fordert die CDU Hamburg:

- **Gemeinsam leben:** Für die erfolgreiche gesellschaftliche Integration braucht Hamburg keinen geteilten, sondern einen einheitlichen Wohnungsbau für alle, bei dem keine Wohnungssuchenden gegeneinander ausgespielt werden.
- **Richtig vermitteln:** Ziel muss es sein, Flüchtlinge in der Mitte der Gesellschaft und nicht am Rande dieser unterzubringen. Allerdings kann sich die Wohnungssuche schwer

gestalten. Es besteht die Gefahr der Ausgrenzung und Parallelgesellschaften können die Folge sein. Es braucht ein Konzept, wie Wohnraum schnell und ohne Diskriminierung an Zuwanderer vermittelt werden kann, sodass Flüchtlinge innerhalb der Gesellschaft untergebracht werden; nicht abgespalten am Rande. Diese integrationsfördernde Vermietung kann auch eine „Umzugshilfe“ beinhalten, d.h. die Unterstützung bei den praktischen Problemen der Wohnungssuche.

- **Qualitäts- statt Expressbau:** Die Hauptaufgabe des städtischen Wohnungsbaus durch SAGA/GWG ist primär die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum (geförderter Wohnungsbau). Aus kurzfristigen Ansätzen wie Container- oder Modulunterbringung dürfen keine langfristigen Lösungen werden. Bei dem städtischen Wohnungsbau SAGA/GWG muss mehr Effizienz erzielt werden. Daher positioniert sich die CDU Hamburg klar gegen den „Expresswohnungsbau“, der kurzfristige Modulbauten mit einer Haltbarkeit von max. 30 Jahren, ohne ordentliche Vergabe und Bürgerbeteiligung, vorsieht. Im Wohnungsbau darf es keine Abstriche bei der Qualität der Bausubstanz geben. Hamburg braucht Wohnungen auf lange Zeit.
- **Soziale Durchmischung statt sozialer Brennpunkte:** Die negativen langfristigen Folgen, wenn Zuwanderer in Hochhäusern am Stadtrand sozial isoliert untergebracht werden, sind in Städten auf der ganzen Welt zu beobachten. Diese Form der Unterbringung, wie sie teils im Rahmen der „Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen“ erfolgt, lehnen wir daher ab.
- **Bundesinitiativen einbinden:** Die von der Bundesregierung beschlossene Wohnsitzauflage muss als geeignetes regulierendes Instrument eingesetzt werden, um auf diese Weise der Bildung von Parallelgesellschaften entgegen zu wirken.
- **Allianzen in der Metropolregion schließen:** Der Senat soll im Rahmen der Kooperation in der Metropolregion Hamburg für eine Allianz zur Unterbringung von Flüchtlingen auch im Umland werben.
- **Infrastruktur einplanen:** Bei neuen Wohnungsbauprojekten müssen infrastrukturelle Aspekte eingeplant werden. Schulen, Kitas, Sportflächen, Freiflächen und eine Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gehören bereits zum Standard für den Bau von regulärem Wohnraum. Gesellschaftliche Teilhabe und Integration wird aber tatsächlich erst dadurch ermöglicht. Infrastruktur muss daher unbedingt mitgedacht werden auch bei der Planung der öffentlich-rechtlichen Unterbringungen.
- **Wohnungsvermittlungen attraktiv gestalten:** Angelehnt an das Beispiel des Landes Berlin sollen die Hauseigentümer bei einer Neuvermietung in Bestandswohnungen an

schwer vermittelbare Mieter oder Flüchtlinge einen Zuschlag auf die angefragte Miete erhalten.

## **Bildung**

Neben Sprache ist Bildung ein wesentlicher Schlüssel zur Integration. Dabei ergeben sich im Zusammenhang mit Kita- und Schulbesuch nicht nur große Integrationschancen für Kinder und Jugendliche, sondern auch für deren Eltern. Kita- und Schulbesuch von Anfang an leisten hier den wesentlichen Baustein. Umfassende und passgenaue Sprachförderangebote sind dabei unverzichtbare, ebenso wie die Beschulung in Alphabetisierungs- und internationale Vorbereitungsklassen.

Konkret fordert die CDU Hamburg:

- **Sprachkompetenz:** Übergang in allgemeinen Regelunterricht erst bei Erreichen eines Mindest-Sprachstands (B1). Verpflichtende Sprachtests bereits im vierten Lebensjahr mit anschließendem Kita-Besuch für Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen.
- **Potentialanalyse:** Erkennen der Fähigkeiten aller zugewanderten Schüler, um passgenaue Bildungswege zu ermöglichen.
- **Gleichmäßige Verteilung:** Keine Zentrierung auf einzelne Schulen der schulpflichtigen Flüchtlingskinder in der Stadt.
- **Maßvolle Aufgabenstellung an Schulen:** Keine weitere Überforderung der Schulen durch zu starke Konzentration von Schülern mit integrativen und inklusiven Förderbedarfen.
- **Einbindung der Eltern:** Vertiefung der interkulturellen Elternarbeit auch mit dem Ziel zugewanderte Eltern verstärkt für die Übernahme von Verantwortung für den Bildungsweg ihrer Kinder zu gewinnen.
- **Bildungs-Chancen für Jungerwachsene:** Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen in Hamburg, jungen Flüchtlingen mit Bleibeperspektive den Besuch einer ausbildungsvorbereitenden Klasse in einer Berufsschule bis zum 21. Lebensjahr und bei Bedarf bis zum 25. Lebensjahr zu ermöglichen.

## **Arbeitsmarktpotentiale nutzen**

Integration in die deutsche Gesellschaft findet auch und insbesondere am Arbeitsplatz statt. Von zentraler Bedeutung ist hier nicht nur der Erwerb der deutschen Sprache, die duale Ausbildung sowie die Anerkennung von gegebenenfalls vorhandenen Vorqualifikationen. Es ist sehr wichtig,

gerade den jungen Flüchtlingen die Vorteile der Ausbildung gegenüber den ungelerten (schnellen) Hilfsarbeiten aufzuzeigen. Genauso wichtig ist es jedoch, Betrieben, die die große Integrationsaufgabe übernehmen, junge Flüchtlinge auszubilden, die bestmögliche Unterstützung zukommen zu lassen. Das Integrationsgesetz mit dem Leitmotiv "Fördern und Fordern" ist dabei ein richtiger und aktivierender Ansatz, den es auszubauen gilt.

Konkret fordert die CDU Hamburg:

- **Abbau bürokratischer Hemmnisse:** Jungen Asylbewerbern mit hoher Bleibeperspektive und Geduldeten ohne Arbeitsverbot müssen ab Abschluss eines Ausbildungsvertrages sämtliche Instrumente der Ausbildungsförderung zur Verfügung stehen.
- **Richtungsweisende Wege in der Ausbildung:** z.B. durch den verstärkten Ausbau von Pilotprojekten der Bundesagentur für Arbeit in der parallelen Vernetzung von Ausbildung und dem Erlernen der (berufsfachspezifischen) Sprache.
- **Stärkung des Projekts W.I.R.** bei Jobcenter team.arbeit.hamburg und der Arbeitsagentur Hamburg: Dieses richtig angelegte Projekt muss endlich Fahrt aufnehmen. Insbesondere muss W.I.R. in allen Bezirken eine Niederlassung erhalten und personell ausgebaut werden, um einen niedrigen Betreuungsschlüssel zu gewährleisten.
- **Stärkung der Teilzeitausbildung,** um jungen Flüchtlingen zum einen den Weg in das für sie unbekannte duale Ausbildungssystem zu erleichtern und ihnen andererseits zu ermöglichen, neben der Ausbildung einer einfachen Tätigkeit nachzugehen.
- **Bestmögliche Unterstützung von Ausbildungsbetrieben:** Zur Entlastung der innerbetrieblichen Abläufe und als Anreiz für Betriebe, Flüchtlinge auszubilden, ist die Fokussierung auf ihre maximale Entlastung sicherzustellen.
- **Flexibilisierung der Zeitarbeit:** Bessere Nutzung der Potentiale der Zeitarbeit für die Arbeitsmarktintegration.
- **Maßvolle Vergütungsmöglichkeiten:** Prüfung weiterer Ausnahmen vom gesetzlichen Mindestlohn bei der Einstellung von Flüchtlingen.

### **Kultur der Begegnung**

Um das Hineinwachsen in unsere Gesellschaft den Zuwanderern wie den Geflüchteten zu erleichtern, sind vielfältige Begegnungen auch außerhalb von Schule und Beruf zu fördern. Gerade das ehrenamtliche Engagement in der Flüchtlingshilfe hat in den vergangenen zwei Jahren in Hamburg eindrucksvoll gezeigt, wie viel Potential in der Zivilgesellschaft steckt, wenn es darum geht, Menschen, die neu zu uns kommen, ein freundliches Gesicht zu zeigen. Diese Haltung ist es,

die es Fremden erleichtert, in unserer Gesellschaft Fuß zu fassen und Respekt für unser Land und unsere Gewohnheiten zu entwickeln. Integrationszentren in den Stadtteilen können dabei Unterstützung bieten Hauptamt und Ehrenamt zusammenzuführen und damit Verwaltung und Zivilgesellschaft sinnvoll zu verzahnen. Patenschafts- und Mentorenprogramme halten wir für vorbildlich.

Konkret fordert die CDU Hamburg:

- **Verlässliche Finanzierung:** Sportvereine, Bürgerhäuser, Stadtteilkulturzentren, freiwillige Feuerwehren, THW, Chöre, Kleingartenvereine und viele andere Institutionen, die Begegnungen zwischen Menschen möglich machen, sind verlässlich und auf Dauer –auch finanziell- dabei zu unterstützen, ihre Angebote gezielt an Flüchtlinge zu richten.
- **Verzahnung der Hilfen vor Ort:** Lokale Integrationszentren in den Stadtteilen sollen Anlaufstelle für Hauptamt und Ehrenamt sein und Angebot und Nachfrage in den Fragen der Integration zusammenführen.
- **Kontaktbörsen für Helfer:** Stärkere Förderung vom Modell der Patenschaften und Mentoren durch Einrichtung einer gemeinsamen Online-Plattform.

### **Sicherheit in Freiheit**

Der zunehmenden Verunsicherung in unserer Bevölkerung durch die aktuellen Sicherheitsfragen wollen wir entgegenwirken. Die Sicherheit der Bevölkerung muss wieder gestärkt werden. Nur die Union steht für die Innere Sicherheit. Mit der Berliner Erklärung der Innenminister und –senatoren von CDU und CSU sowie den Asylpaketen I und II haben wir bereits wichtige Impulse gesetzt. Allerdings muss eine schnelle, effiziente und verlässliche Umsetzung erfolgen. Nur mit einer klaren Haltung in den Fragen zu unseren gesellschaftlichen Werten schaffen wir die Voraussetzung für ein sicheres Deutschland.

Für mehr Sicherheit fordert die CDU Hamburg folgendes:

- **Europäisch ansetzen:** Die internationalen Flüchtlingsbewegungen, wie so viele Herausforderungen in der heutigen Zeit, lassen sich nicht mehr durch Staaten im Alleingang regeln. Europa muss wieder gemeinsam handeln. Dabei sind eine konsequente Anwendung und eine Optimierung des „Dublin-Verfahrens“ notwendig sowie der gemeinsame Schutz der EU-Außengrenzen. Die Verteilung von Flüchtlingen muss innerhalb der EU nach dem solidarischen Prinzip verlaufen.
- **Radikalisierung vorbeugen:** Stärkere Präventionsstrategien zur Vorbeugung der, beispielsweise islamistischen, Radikalisierung müssen durchgesetzt werden; besonders im

Bereich der „Online-Radikalisierung“. Wer Integration durch die Verbreitung verfassungsfeindlicher Positionen gefährdet, schadet dem Frieden in der Gesellschaft. Wir wollen deshalb mit allen rechtsstaatlichen Mitteln dagegen vorgehen, u.a. gegen Islamisten und Gefährder. Dabei darf die Sicherheitsdebatte nicht zu einer „Anti-Islam-Kampagne“ entfremdet werden. Religiöse Gefahrenabwehr darf nicht in Religionsabwehr umschlagen. Wir fordern, dass beispielsweise in Moscheen ausliegende Texte auch auf Deutsch verfügbar sind. Die Finanzierung von Moscheen darf nicht durch extremistische Auslandsorganisationen erfolgen. Auch die Finanzierung durch Staaten aus dem Ausland sollte genauer beobachtet werden. Gemäßigte Islam-Vereine und -Gemeinden sind in ihrer Arbeit zu unterstützen, dabei kommt es uns darauf an, dass Politik und Religion erkennbar zu trennen sind. Auf der anderen Seite muss auch Radikalisierungstendenzen gegen Flüchtlinge in der deutschen Bevölkerung entgegengewirkt werden. Fremdenfeindlichkeit und menschenverachtendem Verhalten muss mit aller Entschiedenheit und Härte begegnet werden.

- **Bewusste Entscheidung für unser Land:** Jeder, der ausländische Konflikte hierzulande gewaltsam austrägt, unsere Rechts- und Werteordnung missachtet oder sich für ausländische extremistische Organisationen engagieren will, muss mit der vollen Härte des Gesetzes rechnen.
- **Schutz vor Entmündigung:** Frauen und Kinder sollen besonderen Schutz vor den internen sozialen Kontrollen einer geschlossenen ethnischen „Community“ erhalten. Sie gehören oft zu den Schwachen in Gesellschaftsstrukturen, die patriarchalisch ausgerichtet sind. Unsere offene Gesellschaft lebt von der Begegnung und der Kommunikation von Angesicht zu Angesicht. Deshalb lehnen wir die Vollverschleierung ab. Wir wollen sie unter Ausschöpfung des rechtlich Möglichen ebenso verbieten wie die Eheschließung mit Minderjährigen.
- **Vollzugsdefizite angehen, politischen Mut beweisen:** Der Katalog an rechtlichen Befugnissen wurde in den letzten Monaten ausgeweitet. Allerdings erleben wir zu oft, dass es an politischem Willen und der Umsetzung der rechtlichen Befugnisse hapert. Beispiele sind Abschiebung und Ausreisepflicht sowie die Blockade der Grünen im Bundesrat im Hinblick auf die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer.

### **Eine schnelle Teilhabe fördern und unsere Gesellschaft zusammenführen**

Der Schlüssel zu erfolgreicher Integration ist Begegnung. Den Maßnahmen zur Integration muss ein Zeitraum zur Wirkung eingeräumt werden. Aktionismus können wir nicht gebrauchen. Integrative Maßnahmen müssen den Anschluss an die Mehrheitsgesellschaft fördern.

Großsiedlungen werden auch deshalb abgelehnt, da sie sprachliche und kulturelle Barrieren schaffen und somit ein Integrationshindernis darstellen. Außerdem muss das Problem des Personalmangels in der Verwaltung (z.B. den Ausländerbehörden) und den Gerichten endlich behoben werden. Eine schnelle Entscheidung über den Aufenthaltsstatus sowie die entsprechende Rechtsicherheit können eine größere Bereitschaft zur Integration fördern.

Die CDU Hamburg setzt sich daher für die folgenden Maßnahmen ein:

- **Abläufe optimieren:** Verwaltungen und Gerichte müssen die Möglichkeit bekommen, mit ausreichendem Personal möglichst schnell und effektiv arbeiten zu können, um schnell den Aufenthaltsstatus einer Person zu ermitteln und erste Integrationsmaßnahmen zügig einleiten zu können. Nur so bekommen Flüchtlinge auch die rechtliche Möglichkeit, umgehend an der Mehrheitsgesellschaft teilzunehmen. Und diejenigen, die kein Aufenthaltsrecht erhalten, können auch schneller wieder ausreisen bzw. abgeschoben werden. So stehen die Ressourcen für diejenigen zur Verfügung, die langfristig integriert werden müssen.
- **Integrationszentren schaffen – Teilprofessionalisierung des Ehrenamts:** Der Erstkontakt mit der deutschen Kultur geht oft über Ehrenämter. Da ansetzend, fordert die CDU Hamburg die Errichtung flexibler und regional aufgestellter Anlaufstellen. In diesen Integrationszentren können Migranten durch ehrenamtliche Integrationslotsen, unterstützt von professionellem Personal, alltagsbezogene Hilfen suchen und kulturelle Teilhabe erfahren. Dabei soll der Ressourcenaufwand an den entsprechenden Bedarf des Stadtteils gekoppelt werden. Die Bezirke müssen dafür die Finanzierung bereitstellen und dürfen diese nicht, wie in der Vergangenheit geschehen, einbehalten.
- **Anreize für „Integrationsförderer“ schaffen:** Vereine und Einrichtungen, die gezielt Migranten ansprechen, sie in ihre Programme integrieren und unsere Werte vermitteln, wie beispielsweise Sportvereine, Kultureinrichtungen, Bürgerhäuser sowie auch THW oder die Freiwillige Feuerwehr, sollen stärkere finanzielle Unterstützung erhalten.

#### **Zusammengefasst fordert die CDU Hamburg:**

1. Eine klare Einhaltung der deutschen Werte- und Gesetzesordnung von jedem in Deutschland lebenden Menschen sowie das Erlernen der deutschen Sprache.
2. Einen effizienten, integrativen Wohnungsbau, bildungs- und arbeitsmarktpolitische Integrations-Maßnahmen und das Schaffen von Möglichkeiten zur kulturellen Teilhabe.
3. Die Chancen, die Kindern und Eltern durch KITA und Schule dargeboten werden, möglichst früh für den Spracherwerb als Schlüssel der Integration zu nutzen.

4. Ausreichend Personal in der Verwaltung für eine zügige Klärung des Aufenthaltsstatus und einer rechtskreis- und institutionenübergreifenden Einleitung erster integrativer Maßnahmen sowie für die Errichtung von regionalen Anlaufstellen zur Unterstützung der Zuwanderer.
5. Eine konsequente Sicherheitspolitik, welche durch eine bessere europäische Zusammenarbeit, eine härtere Strafverfolgung von Straffälligen, unverzügliche Ausreise oder Abschiebung ausreisepflichtiger Ausländer sowie Präventionsmaßnahmen zum Schutz vor Radikalisierung ermöglicht wird.